

Kommuniqué des Justizausschusses

über den Bericht der Bundesministerin für Justiz betreffend Legislativ- und Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2022 sowie dem Achtzehnmonats-Programm des französischen, tschechischen und schwedischen Ratsvorsitzes (III-553 der Beilagen)

Die Bundesministerin für Justiz hat dem Nationalrat am 31. Jänner 2022 den Bericht betreffend Legislativ- und Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2022 sowie dem Achtzehnmonats-Programm des französischen, tschechischen und schwedischen Ratsvorsitzes (III-553 der Beilagen) zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung vorgelegt.

Der Justizausschuss hat den gegenständlichen Bericht in öffentlicher Sitzung am 15. März 2022 in Verhandlung genommen und gemäß § 28b GOG enderledigt.

An der Debatte beteiligten sich im Anschluss an die Ausführungen der Berichterstatterin Abgeordnete Mag. Agnes Sirkka **Prammer** die Abgeordneten Mag. Selma **Yildirim**, Mag. Harald **Stefan**, Martina **Kaufmann**, MMSc BA, Mag. Gerald **Loacker**, Mag. Ulrike **Fischer**, Mag. Christian **Drobis**, Mag. Georg **Bürstmayr**, Mag. Klaus **Fürlinger** und Dr. Johannes **Margreiter** sowie die Bundesministerin für Justiz Dr. Alma **Zadić**, LL.M.

Bei der Abstimmung wurde der Bericht der Bundesministerin für Justiz betreffend Legislativ- und Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2022 sowie dem Achtzehnmonats-Programm des französischen, tschechischen und schwedischen Ratsvorsitzes (III-553 der Beilagen) einstimmig zur Kenntnis genommen.

Das vorliegende Kommuniqué wurde vom Justizausschuss einstimmig beschlossen.

Wien, 2022 03 15

Mag. Ruth Becher

Schriftführung

Mag. Michaela Steinacker

Obfrau

